



PRESSEMITTEILUNG

22. Mai 2017

Nr. 151/2017

Wirtschafts- und Arbeitsministerin sowie Partner des Ausbildungsbündnisses Baden-Württemberg ziehen Bilanz des Ausbildungsjahres 2016/17

Ministerin Hoffmeister-Kraut: „Inmitten einer stabilen Ausbildungssituation ist es besonders erfreulich, dass wir einen spürbaren Zuwachs an Teilzeitausbildungen verzeichnen und fast 1.000 Geflüchtete erfolgreich in Ausbildung integrieren konnten“

Wirtschafts- und Arbeitsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut und die Partner des „Ausbildungsbündnisses Baden-Württemberg“ haben am Montag (22. Mai) in einem Spitzengespräch eine Bilanz des Ausbildungsjahres 2016/17 gezogen und aktuelle Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt diskutiert.

„Inmitten einer stabilen Ausbildungssituation können wir zwei besonders erfreuliche Entwicklungen verzeichnen: Zum einen hat das Engagement der Bündnispartner zugunsten der Teilzeitausbildung bei vielen Betrieben Gehör gefunden. Durch die Steigerung um fast 7 Prozent auf 932 Teilzeitausbildungen im Jahr 2016 haben nun deutlich mehr Auszubildende die Chance, Familie und Ausbildung zu vereinbaren. Der andere besonders erfreuliche Aspekt ist, dass fast 1.000 Geflüchtete, die aus den acht Hauptasylherkunftsländern und aus Gambia stammen, zum 31. Dezember 2016 einen neuen Ausbildungsvertrag unterzeichnet haben“, betonte Ministerin Hoffmeister-Kraut in ihrer Bewertung der Zahlen.

Eine weitere Stärkung der beruflichen Ausbildung erhoffe sie sich von der gezielten Bewerbung der Möglichkeit, in einem gestuften Verfahren eine Berufsausbildung mit dem Abitur zu kombinieren, so die Ministerin. Hierzu könne in einer ers-

ten Stufe der Erwerb der Fachhochschulreife parallel zu einer Berufsausbildung erfolgen. Werde die allgemeine Hochschulreife angestrebt, könne dies in einer zweiten Stufe durch einen an die Ausbildung anschließenden einjährigen Besuch der Berufsoberschule ergänzt werden. Die Werbung für dieses schon lange mögliche, aber nahezu unbekanntes Modell solle insbesondere auf leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern zielen.

Stabiler Ausbildungsmarkt

Im Jahr 2016 nahm die Zahl der neuen Ausbildungsverträge leicht zu: 73.989 neue Ausbildungsverträge zum 30. September bedeuten ein Plus von 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der Ausbildungsmarkt ist weiterhin geprägt durch eine einerseits hohe Zahl von bei den Agenturen bzw. Jobcentern gemeldeten Bewerbern, die nicht den gewünschten Ausbildungsplatz gefunden haben (Unversorgte: 1.006, +16,2 Prozent; alternativ Verbliebene: 8.512, +3,4 Prozent), und andererseits einer steigenden Zahl von gemeldeten unbesetzten Ausbildungsstellen (7.168, +16,9 Prozent).

Aus der Addition von neuen Ausbildungsverträgen und nicht in Ausbildung eingemündeten Jugendlichen ergibt sich ein grundsätzlich großes Interesse an betrieblicher Berufsausbildung in Höhe von 106.000 Jugendlichen.

Knapp 1.000 Auszubildende, die aus den acht Hauptasylherkunftsländern plus Gambia stammen, haben im Ausbildungsjahr 2016 einen neuen Ausbildungsvertrag unterzeichnet. Derzeit erwerben mehr als 9.000 Jugendliche in den VAB- und VABO-Klassen die für eine Ausbildung notwendigen Sprachkenntnisse. Für das kommende Ausbildungsjahr wird eine Zahl von 1.800 bis 2.000 sprachlich und fachlich gut vorbereiteten jungen Menschen mit Fluchthintergrund auf dem Ausbildungsmarkt erwartet. Die Bündnispartner setzen sich dafür ein, bestehende gesetzliche Regelungen zur Duldung während der Ausbildung zugunsten einer erfolgreichen Integration in Ausbildung anzuwenden.

Aktivitäten für einen besseren Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Ausbildungsbereich

In Vorbereitung befindet sich ein neues Angebot „Zweiter Berufsschultag“, das ab kommendem Schuljahr in Abstimmung mit Ausbildungsbetrieben an ausgewählten Standorten erprobt werden soll. Das Angebot richtet sich mit unterschiedlichen Inhalten sowohl an leistungsschwächere Auszubildende, die durch zusätzlichen Unterricht gezielt gefördert werden sollen, als auch an leistungstärkere Auszubildende, um die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhöhen.

Wachsende Erfolge zeigen sich in dem Bildungsgang Ausbildungsvorbereitung dual (AVdual) für Jugendliche mit Förderbedarf, der im Rahmen des Modellversuchs „Neugestaltung des Übergangs Schule - Beruf“ in zwölf Modellregionen durchgeführt wird. 37 Prozent der erfolgreichen AVdual-Absolventen ist zum Herbst 2016 der Übergang in Ausbildung gelungen. In vergleichbaren Bildungsgängen lag die Übergangsquote unterhalb von 30 Prozent.

Das Konzept der Betriebspraktika wirkt: Drei Viertel dieser Auszubildenden haben ihre Ausbildung in Betrieben begonnen, in denen sie als AVdual-Schüler bereits ein Praktikum absolviert haben („Klebeffekt“).

Die ausführliche Bilanz des Ausbildungsmarktes finden Sie in der Meldung zu diesem Thema unter www.wm.baden-wuerttemberg.de.

Stimmen der Partner aus dem Ausbildungsbündnis

Christian Rauch, Leiter der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit: „Nach wie vor haben wir in Baden-Württemberg einen Bewerbermarkt; das heißt es gibt mehr Ausbildungsstellen als Bewerberinnen und Bewerber. Trotzdem müssen alle Akteure sich gemeinsam um die jungen Menschen kümmern, die keine passende Ausbildungsstelle finden. Bis Ende des Jahres hatten wir knapp 1.700 Frauen und Männer, die weder eine passende Ausbildungsstelle noch eine Alternative gefunden hatten. Aktuell sind bei uns knapp 1.800 Geflüchtete als Bewerber um eine Ausbildungsstelle gemeldet. Rund 520 von ihnen befinden sich in einer Einstiegsqualifizierung, die mit einem Sprachkurs kombiniert ist. Eine besondere Herausforderung wird sein, den

Übergang von der vorbereitenden Maßnahme in den Ausbildungsmarkt zu ermöglichen.“

Gerda Windey, Ministerialdirektorin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg: „Um Ausbildungsabbrüche zu reduzieren und um den Ausbildungserfolg zu erhöhen müssen wir sowohl leistungsschwächere, als auch leistungsstärkere Jugendliche in den Blick nehmen. Hier setzt das neue Angebot Zweiter Berufsschultag an, das wir ab kommendem Schuljahr an einzelnen Standorten erproben. Durch zusätzlichen Unterricht wollen wir die Auszubildenden gezielt fördern und die Ausbildung stärken.“

Andreas Richter, Hauptgeschäftsführer der Industrie und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart, der für Ausbildungsfragen im Baden-Württembergischen IHK-Tag (BWIHK) federführenden Kammer und Sprecher der Organisationen der Wirtschaft im Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg: „Das erreichte leichte Plus an Ausbildungsverträgen ist ein gutes Ergebnis, bedenkt man, dass es trotz anhaltendem Trend zum Studium und problematischer Ausbildungsreife vieler Lehrstellenbewerber erzielt wurde. Die Bilanz wäre noch besser, hätten wir von den gemeldeten 7.168 offen gebliebenen Ausbildungsplätzen wenigstens einen Teil besetzen können. Mehr Ausbildungsverträge mit Flüchtlingen würden die Betriebe dann eingehen, wenn der Abschluss des Vertrages einen verlässlichen Schutz vor Abschiebung gäbe. Solange das Integrationsgesetz von den Behörden bundesweit und im Land unterschiedlich ausgelegt und umgesetzt wird, dürfen wir uns über die Zurückhaltung des einen oder anderen Betriebes nicht wundern.“

Gabriele Frenzer-Wolf, stellvertretende DGB-Landesvorsitzende: „Anstatt über einen realen oder vermeintlichen Fachkräftemangel zu klagen, müssen wieder mehr Betriebe ausbilden.“ Die Nachfrage nach Ausbildung sei mit 106.000 Jugendlichen weiterhin konstant hoch. Der Anteil der versorgten Jugendlichen von derzeit 69,7 Prozent müsse schnellstmöglich auf 75 Prozent gesteigert werden. Dazu fehlten derzeit in Baden-Württemberg noch mehr als 5.500 Ausbildungsverträge. Angesichts von 7.168 unbesetzten Ausbildungsplätzen sagte Frenzer-Wolf: „Wer schlechte Ausbildungsqualität und magere Berufsaussichten bietet, darf sich über ausbleibende Bewerbungen nicht wundern. Dies gilt vor allem für die Gastronomie, den Handel und das Nahrungsmittelhandwerk. Zudem muss

die Bestenauslese durch die Betriebe beendet werden, denn auch Absolventinnen und Absolventen von Haupt- und Werkrealschulen verdienen eine Chance.“ Die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen habe sich im vergangenen Jahr zwar leicht verbessert. Angesichts der konstant hohen Zahl von Berufsanfängern und Geflüchteten gebe es derzeit aber keinen Spielraum für die Streichung von Lehrerstellen.

Information für die Redaktionen

Partner im „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2015 – 2018“ sind Staatsministerium, Wirtschaftsministerium, Kultusministerium, Sozialministerium, Wissenschaftsministerium, Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag, Baden-Württembergischer Handwerkstag, Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände, Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg, Deutscher Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg, Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, Gemeindetag Baden-Württemberg, Landkreistag Baden-Württemberg und Städtetag Baden-Württemberg.